

Unterzeichnende:

Prof. Dr. Wolfgang Benz (Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin); **Prof. Dr. Heiner Bielefeldt** (Universität Erlangen-Nürnberg); **Dr. Yaşar Bilgin** und **Dr. Jürgen Micksch** (Moderatoren des Deutschen Islamforums); **Prof. Dr. Almut Sh. Bruckstein Çoruh** (ha'atelier – werkstatt für philosophie und kunst); **Prof. Dr. Micha Brumlik** (Universität Frankfurt am Main); **Annelie Buntenbach** (Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes); **Roberto Ciulli** (Künstlerischer Leiter des Theater an der Ruhr); **Günter Grass** (Nobelpreisträger für Literatur); **Dr. Navid Kermani** (Schriftsteller und Orientalist); **Prof. Dr. Karl-Josef Kuschel** (Universität Tübingen); **Prof. Dr. Claus Leggewie** (Professor für Politikwissenschaft und Buchautor); **Prof. Dr. Dieter Oberndörfer** (Rat für Migration); **Prof. Dr. Birgit Rommelpacher** (Alice Salomon-Hochschule Berlin); **Prof. Dr. Joachim Sartorius** (Intendant der Berliner Festspiele); **Dr. Bernd M. Scherer** (Intendant Haus der Kulturen der Welt in Berlin); **Dr. h.c. Fritz Schramma** (Oberbürgermeister der Stadt Köln a.D.); **Prof. Dr. Gesine Schwan** (Mitgründerin der Humboldt-Viadrina School of Governance); **Hilal Sezgin** (Schriftstellerin und Journalistin); **Prof. Klaus Staeck** (Präsident der Berliner Akademie der Künste); **Prof. Dr. Rita Süßmuth** (Bundestagspräsidentin a.D.); **Ilija Trojanow** (Schriftsteller); **Feridun Zaimoglu** (Schriftsteller).

Die Erklärung wurde erarbeitet von:

Günter Burkhardt (Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL),
Torsten Jäger (Geschäftsführer des Interkulturellen Rates in Deutschland) und
Volker Roßocha (Leiter des Bereichs Migrations- und Antirassismopolitik beim DGB-Bundesvorstand).

Frankfurt/M. · Darmstadt · Berlin, den 19. März 2010

Interkultureller Rat
in Deutschland



Interkultureller Rat in Deutschland
Goebelstr. 21, 64293 Darmstadt
Tel.: 06151 / 33 99 71, Fax : 06151 / 39 19 740
Internet: www.interkultureller-rat.de
Mail: info@interkultureller-rat.de

PRO ASYL
*Bundesweite Arbeitsgemeinschaft
für Flüchtlinge*

PRO ASYL, Postfach 16 06 24
60069 Frankfurt am Main
Tel.: 069 / 23 06 88, Fax: 069 / 23 06 50
Internet: www.proasyl.de
Mail: proasyl@proasyl.de

DGB

DGB-Bundesvorstand,
Bereich Migrations- und Antirassismopolitik
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 60 342
Internet: www.dgb.de
Mail: info@dgb.de

Rassisten sind eine Gefahr, nicht Muslime!

Interkultureller Rat
in Deutschland



PRO ASYL
*Bundesweite Arbeitsgemeinschaft
für Flüchtlinge*

DGB

Rassisten sind eine Gefahr, nicht Muslime!

Das per Volksentscheid durchgesetzte Minarettverbot in der Schweiz und die Debatten um das Verbot der Gesichtsverschleierung in Frankreich und Italien haben deutsche Rechtsextreme ermutigt. Gruppierungen wie die NPD, pro Köln und pro NRW wollen die Erfolge der populistischen Kampagnen in Deutschland kopieren und davon auch bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen profitieren.

Dabei machen sie sich ablehnende Einstellungen gegenüber Muslimen zunutze, die nicht nur bei Menschen vorhanden sind, die Religionen generell kritisch gegenüberstehen, sondern übergreifend im liberalen und konservativen Lager sowie bei der politischen Linken. Verbreitete Ängste um die kulturelle Identität der Gesellschaft und vor Terrorismus sowie Sorgen um die Bewahrung emanzipatorischer Errungenschaften und Freiheitsrechte tragen hierzu bei.

Solche Befürchtungen und konkrete Konflikte im Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen müssen offen angesprochen und diskutiert werden. Dabei können unterschiedliche und kontroverse Positionen bezogen, begründet und vertreten werden. Allerdings dürfen Menschen- und Freiheitsrechte, die in Jahrhunderten erkämpft wurden, nicht eingeschränkt oder zur Disposition gestellt werden. Das gilt für das Recht auf Selbstbestimmung der Frau ebenso wie für das Recht, seine Religion im Rahmen der grundgesetzlich garantierten Religionsfreiheit ungehindert leben und religiöse Bauwerke errichten zu können.

Die Bilder und die Sprache, mit denen in Internet-Blogs und in Schriften gegen den Islam und die Muslime agitiert wird, machen deutlich: Hier sind zumeist Rassisten und Rechtsextremisten am Werk. Mit Kampagnen gegen das Kopftuch oder den Bau von Moscheen und Minaretten versuchen sie, Mehrheiten in der Bevölkerung zu gewinnen. In Wahrheit geht es Ihnen um etwas anderes: Sie sind auf der Suche nach Mehrheiten zur Veränderung der demokratischen Gesellschaft – ihnen dürfen wir nicht auf den Leim gehen.

Rechtsextremismus und Rassismus sind in jeder Erscheinungsform eine Gefahr für unsere Gesellschaft. Deshalb stellen wir uns populistischen und rassistischen Kampagnen entgegen, die auf dem Rücken von Muslimen die demokratische Ordnung unterwandern und Grundrechte beschneiden wollen.

Was tun?

- Zivilgesellschaftliche Organisationen und staatliche Stellen sollen Strukturen aufbauen bzw. fördern, die sachliche Informationen über den Islam und die Muslime aufbereiten und der Öffentlichkeit zugänglich machen.
- Die demokratischen Parteien müssen sich rassistischen Kampagnen entgegenstellen und darauf verzichten, zur Mobilisierung von Wählerstimmen Vorurteile und Stereotype gegenüber Muslimen zu bedienen.
- Antimuslimische Internet-Blogs, in denen anonyme Autoren Muslime rassistisch beleidigen und offen zur Gewalt auffordern, sind von den Behörden stärker als bisher in den Blick zu nehmen.
- Die Medien haben dafür Sorge zu tragen, dass sie mit ihrer Berichterstattung keine rassistischen Stereotype befördern und rassistischen und fremdenfeindlichen Positionen in ihren Leserbrief- und Kommentarseiten kein Forum bieten.
- Schulen, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen sollen sich mit den Organisationsstrukturen und Argumentationsmustern von Rechtsextremisten und Rassisten aktiv auseinandersetzen.
- Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen aktiv werden und Gesicht zeigen, wenn Rechtsextremisten und Rassisten durch Demonstrationen und Kundgebungen versuchen, ihre Positionen zu verbreiten und salonfähig zu machen.